

Ressort: Politik

NPD bekommt vorerst weiter Geld vom Bundestag

Berlin, 14.05.2013, 19:54 Uhr

GDN - Die rechtsextreme NPD bekommt vorerst weiterhin die staatliche Parteienunterstützung. Das geht aus einer Eilentscheidung des Bundesverfassungsgerichts hervor, welche am Dienstag bekannt wurde.

Die am 15. Mai und 15. August anstehenden Abschlagszahlungen in Höhe von zusammen mehr als 600.000 Euro dürfen zudem nicht mit Rückforderungen verrechnet werden. Wenn die Partei jetzt kein Geld bekäme, könne sie im Bundestagswahlkampf nur eingeschränkt für sich werben, heißt es in der Entscheidung. Bundestagspräsident Norbert Lammert hatte im Rechenschaftsbericht der NPD für 2007 Fehler in einem Volumen von 1,25 Millionen Euro festgestellt, weil Einnahmen nicht wie vorgeschrieben ausgewiesen oder erläutert worden waren. Dafür drohten der Partei zunächst Strafzahlungen in doppelter Höhe, also 2,5 Millionen Euro. Während das Leipziger Bundesverwaltungsgericht im Dezember eine Verrechnung im Grundsatz noch bestätigt hatten, die Höhe der Strafzahlungen aber absenkte, schob das Bundesverfassungsgericht den Verrechnungen nun einen Riegel vor. Das Hauptsacheverfahren steht allerdings noch aus. Scheitere die NPD vor Gericht, könne die Verrechnung mit späteren Abschlagszahlungen nachgeholt werden, so die Karlsruher Richter.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-13737/npd-bekommt-vorerst-weiter-geld-vom-bundestag.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619